

Pressespiegel vom 20.09.2011

Sächsische Zeitung

Die Spur führt in die Fußball-Hooligan-Szene

Von Alexander Schneider

Nach dem Angriff auf zwei Frauen beim Dresdner Stadtfest tappt die Polizei noch immer im Dunklen.

Eine Gruppe junger Männer hat beim Dresdner Stadtfest zwei Frauen im Alter von 21 und 29 Jahren beleidigt und zusammengeschlagen. Das Motiv ist unklar – weder gab es einen Streit, noch kannten sich Täter und Opfer. Die Polizei geht von einem rassistischen Hintergrund aus, denn die jüngere der teils schwer verletzten Frauen hat eine schwarze Hautfarbe.

Der Staatsschutz ist eingeschaltet, doch die Ermittlungen gehen nur schleppend voran. Zeugen fehlen und auch eine heiße Spur. Dabei waren wohl noch einige Stadtfestbummler unterwegs, als es am Sonntag, 21. August, morgens gegen 3 Uhr zu der Schlägerei an der Dresdner Augustusbrücke kam.

„Ich war mit meinen Freunden am Vorplatz des Biergartens“, sagt Dorothea (21, Name geändert). „Als wir alle los sind, musste ich mein Rad unter der Brücke holen.“

Als Dorothea allein auf der Brücke stand und den Fußgängerüberweg hinüber zum Blockhaus wollte, habe plötzlich jemand „Hey, Scheiß-Zecke!“ gerufen, sagt sie. Keine zwei Meter entfernt standen ihr etwa 15 Männer gegenüber, dunkel gekleidet, breitbeinig, die Arme verschränkt.

Ohne zu überlegen, sei sie auf die Gruppe zugegangen: „Was hast’n du für’n Problem?, hab ich gerufen.“ Das ist typisch für Dorothea, eine intelligente, schlagfertige Frau. Als schwarze Dresdnerin habe sie schon zur Schulzeit gelernt, offensiv mit Beleidigungen umzugehen. Politisch aktiv, gar in der autonomen Szene, sei sie jedoch nicht: „Ich habe zwei kleine Kinder und mache mein Abi.“ Doch ehe sie es sich versah, trat ihr ein Täter mit voller Wucht ins Gesicht. Zwei Schneidezähne brachen aus ihrem Gebiss. Nun kam ihre Freundin Yvonne gerannt. Auch sie wurde geschlagen, fiel bewusstlos aufs Pflaster. Die Nacht verbrachten die Frauen in der Klinik. Yvonne musste sogar zwei Nächte bleiben, sie erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma. Die Polizei hat erst nach über einer Woche über den Angriff berichtet. Die Täter werden nun in der Hooligan-Szene vermutet.

Linke will Gutachten zur Handyaffäre überprüfen

Dresden. Die Linksfraktion lässt in Sachen Handydaten-Affäre nicht locker. Sie legte gestern dazu eine kleine Anfrage an die Staatsregierung vor. Damit sollen die Hintergründe des externen Gutachtens erhellt werden, das im Auftrag des Innenministeriums vom Berliner Verfassungsrechtler Ulrich Battis angefertigt wurde. Die Fraktion will wissen, ob Battis im Auftrag des Ministeriums tatsächlich das

Handeln des Richters bei der Genehmigung der umstrittenen Datenabfrage bewerten sollte. Das wäre nach Ansicht der Linken eine Einmischung in die Belange unabhängiger Gerichte. Battis hatte das Gutachten in der vergangenen Woche vorgelegt. Darin hatte er Sachsens Datenschutzbeauftragtem Andreas Schurig Versäumnisse vorgeworfen. Jener habe in einem Bericht an den Landtag nicht ausreichend bedacht, dass das Erfassen von mehr als einer Million Handydaten bei teils gewaltsamen Anti-Neonazi-Protesten in Dresden richterlich genehmigt war.

Schurig wies diese Vorwürfe zurück. Seit Bekanntwerden des Datensammelns tobt im Freistaat Streit über die Angemessenheit des Mittels. Sachsen will die Voraussetzungen für Handyabfragen verschärfen. (SZ/dpa)

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Linke_will_Gutachten_zur_Handyaffaere_ueberpruefen/articleid-2867429](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Linke_will_Gutachten_zur_Handyaffaere_ueberpruefen/articleid-2867429)

Morgenpost, Ausgabe Dresden

DRESDEN – Die Linke lässt in der Handydaten-Affäre weiter nicht locker: Mit einer Kleinen Anfrage an die Staatsregierung will sie nun die Hintergründe des externen Gutachtens erhellt bekommen, das im Auftrag des Innenministeriums vom Berliner Verfassungsrechtler Ulrich Battis angefertigt wurde (Morgenpost berichtete). Die Fraktion will wissen, ob Battis im Auftrag des Ministeriums tatsächlich das Handeln des Richters bei der Genehmigung der umstrittenen Datenabfrage bewerten sollte. Das wäre nach Ansicht der Linken eine Einmischung in die Belange unabhängiger Gerichte.
